

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **MT. 1.60.** Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 s. 6. Nachtrag

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Besondere, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 104.

Wittwoch, den 6. Mai 1903.

10. Jahrgang.

Donnerstag Abend: Wähler-Versammlung!

Parteigenossen sorgt für Massenbesuch!

Der Marinismus.

— Von einem Marinismus in dem Sinne, wie man von einem Militarismus spricht, reden wir bei uns erst seit dem Ende der 80er Jahre. Erst seitdem ist bei uns ein konsequentes Streben vorhanden, eine große Flotte zu schaffen, die auf allen Meeren dampfen, an allen Küsten schießen soll. Eng zusammen hängt mit dem Marinismus die Weltpolitik, die Kolonialpolitik. Der Marinismus spielt auch bei diesen Wahlen die ihm gebührende hervorragende Rolle, zumal da bereits eine neue Flottenvorlage zwecks Schaffung resp. Erweiterung einer großen Auslandsflotte angekündigt worden ist.

Der verflorenen Reichstag hat das „Verdienst“, die marinitischen Lasten ganz besonders gesteigert zu haben. Die Riffen der letzten Jahre gestalteten sich folgendermaßen: Der Reichstag bewilligte für die Marine

fortdauernde einmalige und außerordentliche Ausgaben		
1897	61 941 800 Mt.	52 083 000 Mt.
1898	66 262 400 „	59 303 600 „
1899	71 621 200 „	82 277 900 „
1900	73 501 500 „	83 470 600 „
1901	79 896 400 „	127 587 800 „
1902	86 986 400 „	130 124 500 „
1903	93 468 000 „	153 798 800 „

Wie der Marinismus die Ausgaben für die Welt- und Kolonialpolitik steigert, erweist man daraus, daß in den einmaligen Ausgaben eingeschlossen sind die Ausgaben für Kiautschou 1903: 12 400 000 Mt., 1902: 12 044 000 Mt., 1901: 10 750 000 Mt., 1900: 9 750 000 Mt., 1899: 8 504 100 Mt., 1898: 5 256 800 Mt. Im gleichen Zeitraum bewilligte der Reichstag für die Kolonien (1899 bis 1903) einen haaren Reichszufluß von 82 1/2 Millionen Mark. Für Dampfschiffs-Subventionen, entstanden durch die Kolonialpolitik, in der gleichen Zeit 25 Millionen Mark. Auf Kosten des Marinismus ist auch die chinesische Expedition zu setzen, für welche Deutschland für 253 Millionen Mark Anleihen aufgenommen hat. Auch die gegenwärtige deutsche Besetzung in China von 3300 Mann steht auf dem Konto des Marinismus und verursacht alljährlich 15 332 000 Mark Kosten. So ist der Marinismus in allen seinen Theilen eine für das deutsche Volk schwer drückende Last, die, wenn den Rüstungen durch den Wahlausfall nicht Einhalt geboten wird, für uns noch drückender werden wird, als der Militarismus.

Jahrzehntelang galt die Kriegsmarine bei uns in Deutschland nur als Instrument zur Vertheidigung der heimischen, ehnehin feindlichen Flotten schwer zugänglichen Küsten. Erst Ende der 90er Jahre, nachdem bereits eine lange währende Agitation betrieben war, kam der große praktische Vorschlag für Deutschland neben der „ersten Armee Europas“ auch eine „erste Marine Europas“ zu schaffen. Am 5. März 1897 überraschte der Staatssekretär der Marine, Hollmann, die Budgetkommission des Reichstages mit einer sogenannten Niederschrift, die über die Etatsvorlage hinaus die Neubauten für 1898—1901 zusammenstellte und einen Flottenplan entwickelte, der für diese Jahre rund 256 Millionen Mark beanspruchte.

Dieser Plan machte damals noch ungeheures Aufsehen, und man hielt es für gut, späterhin diese Forderungen wesentlich einzuschränken. Als dann aber Hollmann durch den „Marine-Roon“ Tirpitz ersetzt worden war, erschien ein Flottenplan, nach welchem die Flotte aus 19 Linienschiffen, 8 Küstenpanzerschiffen, 6 großen und 12 kleinen Kreuzern bestehen und jedes Jahr ein Torpedodivisionsboot und 8 Torpedoschiffe gebaut werden sollten. Bis 1904 sollten die Bauten vollendet sein, welche insgesamt 482 500 000 Mt. erforderlich.

Und die liberal-konervative Reichstagsmehrheit war bewilligungsbereit. Ob sie auch viele große Worte machte, sie bewilligte doch. Das erste Flottengesetz (1898—1903) wurde angenommen; für Schiffbauten und Armirungen wurden 356 700 000 Mt. bewilligt, für die sonstigen einmaligen Ausgaben 52 200 000 Mt., für die fortdauernden Setzerungen des Marineetat's jährlich im Durchschnitt 4 900 000 Mt. Eine riesenhafte Mehrbelastung!

Die Lunte, mit welcher der Reichstag seine Zustimmung unter dieser Mehrbelastung geschrieben hatte, war noch nicht trocken geworden, als bereits der Abgeordnete Bebel im Dezember 1898 darauf hinweisen konnte, daß allen Versicherungen zum Trost, die neun Monate zuvor von dem Marineminister Tirpitz gegeben worden waren, offenbar ein neuer,

viel weiter gehender Flottenplan in der Luft schwebte. Zwar sträubten sich die Mehrheitsparteien mit großen Worten gegen die Nichtigkeit der Bebel'schen Behauptung, und unvergessen ist, daß der Marineminister Tirpitz selbst am 11. Januar 1899 in der Budgetkommission erklärte, „daß an keiner Stelle der Plan bestünde, mit einer neuen Flottenvorlage zu kommen.“ Aber noch im selben Jahre standen die Minister im Reichstage und begründeten der Reihe nach eine neue Flottenvorlage, die dann auch alsbald kam.

Diese neue Vorlage war der „Umsturz“ des 1898 bewilligten Gesetzes. Statt der 7 Linienschiffe, 9 Kreuzer und einigen Ersatzbauten, wurden jetzt bewilligt 19 Linienschiffe und 23 Kreuzer, die eine Summe von 801 Millionen Mark Baukosten erforderten und den Mannschaftsbestand um 30 000 erhöhten. Hierzu kommen die Ersatzbauten für alt gewordene Schiffe, deren Alter für Linienschiffe auf 25 Jahre, für Kreuzer auf 20 Jahre festgesetzt wurde und die Ersatzbauten für eingetretene Verluste. Die Ausführung des neuen Flottenplanes, die 1917 beendet sein soll, erfordert einen Gesamtanfang von 4353 Millionen Mark.

Die Auslandschiffe, welche der Reichstag von der Vorlage strich, kommen als besondere Vorlage im kommenden Winter wieder, wie die Regierung bereits angekündigt hat. Der Marinismus schenkt dem Steuerzahler nichts von seinen Plänen. Aus dieser knappen Zusammenstellung ist so recht scharf ersichtlich, in wie kurzer Zeit bei uns die Flotte riesenhaft angewachsen ist. Und diese Rüstungen sind erst der Anfang! Die intensive Art, in der sie gemacht werden, deutet darauf hin, daß die Flotte bei uns noch weit größer anwachsen soll als die Landarmee!

Wenn nicht die Wähler ein Veto einlegen! Das aber hoffen wir mit aller Bestimmtheit. Das deutsche arbeitende Volk kann diese ungeheuren Lasten nicht tragen und deshalb möge es Schulter an Schulter zusammenstehen und für einen riesigen Wahlsieg der Sozialdemokratie sorgen. Er allein bietet die Gewähr, daß endlich mit den Molochkopfern ein Ende gemacht wird.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Der Bund der Arbeitgeber ist die neueste politische Gruppe, die als Wählerkoalition zu den diesjährigen Wahlen auf den Plan tritt. Wenn alle Arbeitgeber sich entschließen, keinem Kandidaten ihre Stimme zu geben, der nicht auf Seite der Scharfmacher steht, so ist das eine Macht, welche keine bürgerliche politische Partei entbehren kann. Also argumentiert die „Deutsche Arbeiterzeitung.“ — Die Parteigründung „der Herren im Hause“ kommt etwas spät. Der Bund der Arbeitnehmer, die Sozialdemokratie, ist früher aufgetreten, und sie ist groß und stark genug, um den „oberen Zehntausend“ mit Vergnügen den Sport einer verspäteten Parteibildung gönnen zu können.

Der Wahlausruf der nationalliberalen Partei, der Sonntag vom allgemeinen Delegirtenkongress der Partei in Berlin angenommen worden ist, enthält nichts als das öde Gemäusch, das man tagtäglich in der Presse dieser Chamäleonspartei lesen kann; zudem ist der Aufruf so wortreich und weisheitsvoll, daß selbst ein gut nationalliberales Blatt, wie die „National-Zeitung“, von seinem Wortreichthum eine gewisse Beeinträchtigung seiner Wirkungen und Werbekraft befürchtet. Der Aufruf spricht sich zunächst für langfristige Handelsverträge aus, um dann vor den Agrariern, der Börse, dem gewerblichen Mittelstande, den Reichsbeamten und auch den Arbeitern die üblichen Verbeugungen zu machen. Im Voraus wird jeder Heeres- und Flottenvorlage die Zustimmung der Partei zugesichert, und der Kampf gegen Sozialdemokratie sowie ultramontane Machtgelüste gepredigt, was natürlich nicht ausschließt, daß die nationalliberale Partei jeder Zeit sich bereit, für das Zentrum die Raketen aus dem Feuer zu holen. Mit einem Appell an die Wähler, die nationalen und liberalen Güter zu vertheidigen, schließt der phrasenreiche Aufruf.

Wieber mit Kröcher als mit Barth. Als ein Musterbeispiel richtiger Verdrehungstatistik muß die Art und Weise behandelt werden, wie die „Freisinnige Zeitung“ jetzt die Affäre: „Wieber mit Kröcher als mit Barth“ behandelt. Das Blatt schreibt:

Wo bleibt Kröcher? Als Abg. Richter am 1. Dezember nach der Provokation durch den Abg. Barth sich über die Obstruktion geäußert hatte, rief ihm Abg. Bahrt am Schlusse seiner Rede zu: „Wo bleibt Kröcher?“ Es wird nun in der Presse der Sozial-

demokraten und Nationalsozialen so dargestellt, als ob Abg. Barth glaube, dem Abg. Richter vorwerfen zu können, daß er sich nur gegen ihn, nicht auch gegen die Rede Kröcher's in dieser Sitzung gewendet habe. Abg. Richter entgegnete auf den Zwischenruf, wie aus dem stenographischen Bericht zu entnehmen ist: „Herr von Kröcher der kommt später, der geht mir nicht fort. (Geiterkeit).“ — In der That ist dann Abg. Richter, als er dem n ä c h s t gegen das Zolltarifkompromiß im ganzen das Wort ergriff, der Rede des Abg. v. Kröcher entgegengetreten.

Herr Richter unterschlägt in dieser Darstellung vollständig den Zwischenruf, den einer seiner Parteifreunde — Herr Fischbeck weiß, wer es war — auf den Ruf Barth's ausließ: „Wieber mit Kröcher als mit Barth.“ Er giebt also durch dieses Schweigen endlich zu, daß dieser Zwischenruf gefallen. Als von sozialdemokratischer Seite dieser Zwischenruf festgenagelt wurde, hatte Herr Richter die Seiten, das Ganze als eine „freche Lüge“ zu bezeichnen. Herr Richter hat nicht mehr Ehrgefühl genug, dieses Wort zurückzunehmen. Statt dessen schleicht er in erbärmlicher Weise um den heißen Brei herum und redet von Dingen, die nicht zur Sache gehören. Das „demnach“ in der Auslassung der „Freisinnigen Zeitung“ war übrigens am — 13. Dezember. Bis dahin also, das heißt fast volle zwei Wochen, hatte Richter Zeit gebraucht, auf die freche Zunkerrede Kröcher's einige zahme Worte zu finden.

Das Zentrum hat nun ebenfalls seinen Wahlausruf veröffentlicht. Er enthält in der Hauptsache eine etwas trockene Aufzählung der gesetzgeberischen Arbeiten, bei denen das Zentrum mitgearbeitet hat, wobei diesem das Hauptverdienst an verschiedenen gesetzgeberischen Arbeiten beigemessen wird. Der Aufruf zeigt aber eine merkwürdige Bescheidenheit in Bezug auf manche Verhandlungsgegenstände der verflorenen Legislaturperiode, bei denen das Zentrum wirklich die ausschlaggebende Partei war. Er rühmt gar nicht, daß es das Flottengesetz zustande gebracht hat, sondern betont jetzt im Gegensatz dazu weisse Sparsamkeit auf allen Gebieten des Staatshaushalts und Schonung der Steuerkraft des Volkes. Das wird gerade bis zum nächsten Flottengesetz anhalten, bei welchem dann auch vielleicht schon über neue Steuerforderungen zu entscheiden sein wird, und es wäre eine nach den gemachten Erfahrungen unverzeihliche Leichtgläubigkeit, wenn man annehmen wollte, daß das Zentrum sich da widerstandsfähiger gegen solche Neubelastungen zeigen würde als bisher. Als Hüter der Würde des Reichstages rühmen sich dieselben Zentrums Herren, welche das Budgetrecht zum großen Theil preisgegeben haben und die in dem Kampf um den Zolltarif nicht vor dem Bruch der Geschäftsordnung zurückgeschreckt sind. Einen eigenartigen Eindruck machen die Ausführungen über das „friedliche Zusammenleben der Konfessionen auf dem Boden einer hochsinnig gebachten religiösen Freiheit und vollkommener staatlicher Gleichberechtigung.“ Dazu hatte man die in der neueren Zeit so stark hervorgetretenen ultramontanen Machtbestrebungen, Vorgänge wie der Trierer Schulkampf, das Verlangen nach der Herrschaft über die Schule und die Verfolgung aller derer, die ihre religiöse Meinung frei zu äußern wagen. Von der geistigen Freiheit schweigt der Wahlausruf; er schweigt auch von den Kämpfen um die Lex Heinze, bei denen doch das Zentrum mit seinem Sittlichkeitsapostel Roeren in der ersten Reihe stand. Ist das Zentrum vielleicht zur Erkenntniß gekommen, daß die Erinnerung an diese Vorgänge ihm keinen Vortheil bei den Wahlen schaffen kann? Aber gerade weil es sich hier in so eklatanter Weise als Feind der geistigen Freiheit und damit der Freiheit überhaupt erwiesen hat, wird ihm diese seine Rolle von den freisinnigen Parteien mit besonderem Nachdruck vorzuhalten sein. In Bezug auf wirtschaftliche Fragen vertritt der Aufruf wieder in üblicher Weise die Mittelstandspolitik und sucht ferner das Eintreten des Zentrums für den Zolltarif zu rechtfertigen. Verlangt wird, daß durch die neuen Handelsverträge „der gesammten deutschen Arbeit, insbesondere in der Landwirtschaft, ein ausreichender Schutz erkämpft werde.“ Das ist ziemlich vielbeutig und soll für die schließliche Entscheidung freien Spielraum lassen. Als spezielle Forderung wird aufgestellt die Aufhebung der allgemeinen Meißbegünstigungs-Verträge, ferner Sicherung gegen die Einschleppung von Viehseuchen. Daß das Zentrum seine Anteilnahme an der sozialen Gesetzgebung, an dem Eintreten für das Koalitionsrecht und an der Verwerfung der Zuchttausvorlage besonders hervorheben würde, war voraussehen. Mit seinem Antrage auf Einführung der Wittwen- und Waisenversicherung, beim Zolltarifgesetz hätte es sich aber etwas weniger brüsten sollen;

denn die Kosten dafür und noch ein Vielfaches davon sollen die Arbeiter selbst durch die ihnen mit Zustimmung des Zentrums zugeordneten Lasten aus der Erhöhung der Lebensmittelpreise aufbringen. Das Zentrum setzt denn auch nicht auf die überzeugende Kraft seines Rechenschaftsberichts — als solcher liegt sich fast der Wahlausruf — offenbar kein allzu großes Vertrauen und hält es daher für geboten, als eine Art Sammlungsparole, als spezifische Zentrumsforderung, die Befestigung des Jesuitengesetzes aufzustellen. Damit hofft man, auch die Widerpenstigen wieder unter der Zentrumsfahne sammeln zu können. Ebenso soll kein Kandidat einer anderen Partei von den Zentrumsmitgliedern unterstützt werden, der sich nicht für Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes erklärt. Aber diese Sammlungsparole ist in Wirklichkeit garnicht ernsthaft gemeint. Ein Vertreter des Zentrums-Kapitalismus wählt doch tausendmal lieber einen nationalliberalen Kulturkämpfer als einen Sozialdemokraten, obwohl die Sozialdemokratie doch eine Gegnerin des Jesuitengesetzes gegen die Jesuiten ist.

Aus der Wahlbewegung. Keinen Wahlaufruf wird, wie die „Frei. Bzg.“ mitteilt, die Freisinnige Volkspartei erlassen. Der Partei genügen die Wahlaufrufe in den einzelnen Wahlkreisen, die den lokalen Bedürfnissen angepasst seien; sie habe kein Verlangen nach einem allgemeinen Wahlausruf. Die Trauben hängen wohl zu hoch? — In Auer's Wahlkreis, Glaucha-Meerane haben die Kartellparteien einen Konjunktiven Gemeinderat, Dr. Kumpelt in Dresden, als Durchfallskandidaten aufgestellt. — Ein „schlichter Mann“ taucht nunmehr auch im Wahlkreise Stollberg, Schneeberg auf, der in der letzten Legislaturperiode von unserem Gewissen Seifert im Reichstage vertreten wurde. Die Kartellparteien stellten nämlich den Bergarbeiter E. Hänel in Dalsnig als Kandidaten auf. Ein Bourgeois möchte wohl das Risiko des Durchfalls nicht auf sich nehmen.

Der „Kolonialheld“ Prinz Arenberg begnadigt? Nach einer dem „Vorwärts“ zugegangenen Mitteilung soll Prinz Prosper Arenberg, der wegen Mordes eine fünfzehnjährige Gefängnisstrafe verbüßt, begnadigt worden sein und das Gefängnis bereits verlassen haben. Zu Anfang des Jahres 1900 drangen nach Deutschland die ersten Nachrichten über die Greuelthaten, die ein Altkolonist der Nation, der Prinz Prosper Arenberg, in Südwestafrika, begangen hatte. Der Prinz geriet mit einem Eingeborenen in Streit, weil er ihm nicht genug Weiber zuführte. Er befahl einem Soldaten, auf den Unbotmäßigen zu schießen; der Soldat weigerte sich erst und schuß dann den armen Teufel, dazu gezwungen, so vorsichtig wie möglich in's Bein. Hiernach gerühte der prinzipielle Kulturträger den Mann höchstselbst todtzuschießen und ihm den Ladekopf in's Gehirn zu stoßen. Das Todesurteil, das über diesen prinzipiellen Mörder notwendig ausgesprochen werden mußte, wurde im Gnadenwege zu einer fünfzehnjährigen Zuchthausstrafe, durch einen neuen Gnadenakt zu einer ebenso langen Gefängnisstrafe umgewandelt. Ist die völlige Begnadigung wirklich erfolgt, so hätte der prinzipielle Mörder, der im Gefängnis eine Behandlung erfuhr, um die ihn jeder sozialdemokratische Rebell in Preußen beneiden kann, nur einen sehr kleinen Teil der beispiellos milden Strafe verbüßt.

Kleine politische Nachrichten. In Kolmar i. E. sind die ersten Schritte zur Gründung einer demokratischen Partei in Elsass-Lothringen getan worden. — Das Gnadengesuch des zweiten Direktors der vertriebenen Leipziger Bank, Dr. Genzsch, wurde abschlägig beschieden. Es tritt also der unerhörte Fall ein, daß der minder Schuldige, Dr. Genzsch, eine längere Strafe zu verbüßen hat, als der Hauptschuldige Guier. — Die Verurteilung des Mörder von der Lorelei, wird nach Einholung des ärztlichen Gutachtens über seinen Geisteszustand am 11. Mai in Wilhelmshaven wieder aufgenommen werden. — Der amerikanische Konsul Vanger in Solingen, der dort, wie mehrfach von uns gemeldet, durch sein Verhalten vor Gericht Ansehen erregte, ist österreichischer von Geburt und in Nebrassa naturalisiert. Wie noch aus Washington gemeldet wird, hat das Staatsdepartement angeordnet, daß Informationen über die Solinger Angelegenheit eingezogen werden. — Aus Schweden (Schlesien) wird gemeldet: In der Nacht zum Sonntag erlösch der Bohlen vom 10. Grenadierregiment vor dem Pulvermagazin bei Bögenhorf einen Mann, der sich dadurch verächtlich machte, daß er auf widerholten Anruf nicht hand. — Der Pastor Gaspelwarth im Kirchbistum (Nürnberg) Heide, der, wie noch erinnert sein dürfte, in der Nacht am Sonntag d. 3. durch einen unglücklichen Zufall einen Jungerkelchen erschoss, ist während der Dauer des gegen ihn schwebenden Verfahrens vom Amte suspendiert worden. — Der schwedische Reichstag genehmigte das allgemeine Versicherungsengesetz und das Gesetz über ausländische Kapitalien durchgehend in der Sitzung der Regierung. — Sonntag fanden in Bulgarien 11 Erziehungswahlen zur Sobranje statt. Sie verliefen ohne erhebliche Zwischenfälle. Die Regierungskandidaten behaupteten 2 Siege und gewannen 6, die Oppositionellen behaupteten 3 und verloren 6 Siege. — Die holländischen von San Domingo beherrschten das ganze Gebiet der Republik und haben eine provisorische Regierung mit General Gil als Präsidenten eingesetzt. Ueberall in der Republik herrscht Ordnung. — General Maros, der Führer der holländischen in Venezuela, ist von Caracas kommend, in der Nähe von Tucacas gelandet.

Rußland.
Die russische Suite. Aus Petersburg wird bekannt gemacht: Sämtliche Gefangene sind mit politischen Gefangenen überfüllt. Seit vierzehn Tagen finden allwöchentlich zahlreiche Hinrichtungen statt. Mit Rücksicht auf die herrschende Erregung in der Bevölkerung sind deshalb auch alle Festbesichtigungen unterbunden worden, die zur Feier des 20-jährigen Bestehens von Petersburg geplant waren. Auch in Moskau wurden Massenverhaftungen während des Besuchs der kaiserlichen Familie vorgenommen.
Nichter Synd. Etwa 400 Fische und Stäbchen in Temraj (Kaukasus) verurteilten Sonntag Abend die Wohnung des Polizeikommissars, welcher kurz vorher einen Fährer wegen Fährerbeschlagnahme gegen die gelehrten Sachverständigen erschlagen hatte. Es lag herbeizuziehender Mordverbrechen, gelang es jedoch dem Gefährten, die anwesende Menge zum Abstreifen zu veranlassen.
Die Folgen der Judenbege. Dinstag wird aus Kiew berichtet: Infolge der Judenbege, sind die ver-

stimmter Gerüchte, daß hier eine Judenbege bevorstehe, verließ eine auf mehrere Tausend geschätzte Zahl armer Judenfamilien die Stadt. Die bemittelten Juden sind in die Gasthäuser übergesiedelt. Patrouillen durchziehen die Straßen. Maueranschläge besagen, daß Anstammungen auf den Straßen und Plätzen streng verboten sind; nötigenfalls werde das Militär auch von der Waffe Gebrauch machen.

Oesterreich-Ungarn.

Zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Polizei bezw. Militär ist es nach einer Budapest Meldung der „Frei. Bzg.“ am 1. Mai in Kronstadt gekommen. 4000 rumänische Sozialisten belagerten das Stadthaus wegen des Verbots einer Versammlung. Polizei und Militär schritt mit der Waffe ein, wobei es sehr zahlreiche Verwundungen absetzte.

Frankreich.

Der Kampf gegen Rom. Das Zuchtpolizeigericht in Nantes verurteilte 7 Praemonstranten, welche sich geweigert hatten, dem Ausweisungsbefehl Folge zu leisten, zu je 50 Frs. Geldbuße. Den Angeklagten wurden vor dem Betreten und nach dem Verlassen des Gerichts von einem Teile der Bevölkerung zustimmende Kundgebungen dargebracht, während ein anderer sie mit Steinen empfiel. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Belgien.

Kein Anebelgesetz? Das Justizministerium demetrierte auf eine Anfrage die Nachricht, daß in Belgien ein Streikgesetz nach holländischem Vorbilde geplant würde. Es ist auch nicht wahr, daß das Justizministerium bereits einen Beamten zum Studium des holländischen Gesetzes dorthin entsandt habe.

Serbien.

Die Lage hat sich in Serbien infolge des Verfassungsbruches scharf zuspitzt. Die Liberalen fordern ein rein liberales Ministerium, aber der König hat diese Forderung abgelehnt. Sie drohen jetzt, sich mit den Radikalen zur rücksichtslosen Opposition zu verbinden. Auch an der Grenze ist die Lage sehr schwierig geworden infolge eines neuen Ueberfalls durch die Albanesen, wobei sie fünf türkische Dörfer verbrannten.

Balkan.

Zur Lage. Der Hafen von Saloniki füllt sich immer mehr mit fremden Kriegsschiffen. Das Kriegsgewicht hat seine Tätigkeit begonnen. Ueber 400 Gefangene sollen abgeurteilt werden. Die Befehle von Konstantinopel lauten dahin, die Aburteilung so schnell und gründlich wie möglich vorzunehmen. Einige 20 der Gefangenen wurden auf Intervention der Konsuln freigegeben, weil sie nachweislich ganz unbeschuldig waren. Inzwischen werden die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in umfassender Weise fortgesetzt, wobei große Mengen Dynamit zu Tage gefördert wurden. Der Sonntag eingetroffene dreimal wöchentlich verkehrende Passagierzug nach Saloniki hatte trotz des sonst lebhaften Verkehrs keinen Passagier, was nach der „Frank. Bzg.“ mit der Verhängung des Belagerungszustandes zusammenhängen soll. „Morning Leader“ meldet schließlich noch aus Sofia vom 3. Mai: Einer Konsulardepesche zufolge wurden die bulgarischen Lehrer an der Mädchenschule in Saloniki ermordet. Diese Meldung verursachte die größte Aufregung.

Die
Wählerlisten
zur **Bürgerchaft**
liegen
bis einschließlich **11. Mai**
zur Einsicht aus. Das Bureau befindet sich
Königsstraße 58
II. Obergeschöß
und ist geöffnet werktäglich
von **9—1 Uhr**
und **4—5 Uhr.**
Die Einsicht ist dringend vorzunehmen. Wer
in der Liste nicht verzeichnet ist, geht seines
Wahlrechtes verlustig.

Lübeck und Nachbargebiete.
Dienstag, den 5. Mai 1902.
Der Sozialdemokratische Verein hielt gestern Abend seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung von der Märzfeier ergab einen Ueberschuß von 61,15 Mk. Sodann wurde das an anderer Stelle abgedruckte Bürgerchaftswahlprogramm, nachdem Genosse Dammer dasselbe erläuterte hatte, in der vom Bürgerchaftswahlkomitee vorgelegten Fassung einstimmig angenommen.
Das Programm für die Bürgerchaftswahlen ist in folgender Fassung vom Sozialdemokratischen Verein angenommen worden:
Für die Wahlen zur Bürgerchaft ist das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten lübeckischen Staatsangehörigen zu fordern. Bei der Vollendung des 21. Lebensjahres wird allen Staatsangehörigen das lübecke Bürgerrecht verliehen. Das Wahlrecht darf durch Empfang irgendwelcher Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht aufgehoben oder beschränkt werden. Die Wahlen finden an einem gesetzlichen Ruhetage statt. Den Mitgliedern der Bürgerchaft sind für ihre Erhaltung Dotation zu geben.

- II. Die Wahl der Senatoren hat durch sämmtliche Bürger Lübecks zu erfolgen.
- III. Stufenweis steigende Einkommensteuer zur Bestreitung des Staatshaushaltes unter stärkerer Heranziehung der höheren Einkommen. Einkommen unter 1000 Mark sind steuerfrei.
- IV. Konfessionslose Schulen. Einheitslichkeit der Schule mit obligatorischem Besuch. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volksschulen, die Kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Auszubildung geeignet erachtet werden. Verpflegung bedürftiger Kinder in Schulkantinen. Errichtung von Schulbädern in sämtlichen Schulen. Schulärzte zur ärztlichen Beaufsichtigung der Schüler, Schulen und Schullehrerinnen. Ferienkolonien für kränkelnde und schwächliche Kinder. Obligatorischer Besuch der Fortbildungsschulen. Unentgeltliche Ertheilung des Fortbildungs-Unterrichts an Wochentagen während der Arbeitszeit.
- V. Thunlichste Ausübung aller Gemeinde- und Staatsarbeiten, einschließlich der Bauten, in eigener Regie; zum mindesten aber hat die Vergebung von Staatsarbeiten und Lieferungen für den Staat unter der vertragsmäßigen Verpflichtung der Unternehmer zu erfolgen, daß sie für die Gesamtheit der von ihnen beschäftigten Arbeiter die zwischen dem Gewerkschafts-Organisationen der Arbeiter und den Unternehmern vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen einhalten.
- VI. Ruhegeld- und Hinterbliebenen-Versorgung für die in städtischen oder staatlichen Betrieben dauernd beschäftigten, nicht pensionsberechtigten Beamten und Arbeiter. Achtstündige Arbeitszeit. Unwöchentlich eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 36 Stunden. Wöchentliche Lohnzahlung. Errichtung von Arbeiter-Ausschüssen. Den städtischen bezw. staatlichen Arbeitern und Beamten ist ein jährlicher Urlaub von mindestens acht Tagen ohne Kürzung des Gehaltes zu bewilligen.
- VII. Errichtung einer Arbeitskammer. Derselben liegt es ob, Wünsche und Anträge, welche die Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung betreffen, zu verhandeln und den städtischen bezw. staatlichen Behörden vorzulegen, sowie Jahresberichte über ihre, die Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung betreffenden Wahrnehmungen zu erstatten. Die Arbeitskammer soll in allen wichtigen, die Gesamtinteressen der arbeitenden Bevölkerung oder die Interessen einzelner Zweige derselben berührenden Angelegenheiten gehört werden.
- VIII. Ausbau des Fabrikinspektorates.
- IX. Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises für alle Arbeiter, einschließlich der Dienstboten, und einer städtischen Arbeiterstatistik unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen.
- X. Anpassung des lübeckischen Gewerbevertragsgesetzes an das Reichsgesetz.
- XI. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gestindeordnung.
- XII. Errichtung von Apotheken in eigener Regie des Staates. Unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung. Unentgeltliche Leichenbestattung und -bestattung.
- XIII. Haftpflicht der Gemeinden und des Staates für alle widerrechtlichen oder fahrlässigen Handlungen der Beamten in Ausübung ihres Berufes oder Amtes.
- XIV. Errichtung eines Asyls für Obdachlose.

Eine unberechtigte Streichung in Wählerlisten. Die man uns mittheilt, sind in den Wählerlisten zur Bürgerchaftswahl die Insassen des Heiligen Geist-Hospitals gestrichen worden und zwar auf Grund des Art. 21, Abs. 3 der Verfassung. Dieser Absatz aber besagt, daß diejenigen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, welche im letzten Jahre Armenunterstützung empfangen haben. Nun kann aber doch die Versorgung der Insassen des aus Privatvermögen errichteten und unterhaltenen Hospitals unter keinen Umständen als Armenunterstützung angesehen werden. Das ist auch bei den vorhergegangenen Wahlen nicht geschehen; damals konnten die Leute ihr Wahlrecht ausüben. Wir nehmen an, daß es sich hier nur um ein Mißverständnis handelt und erwarten, daß man schleunigst die Streichung rückgängig macht und die Namen wieder in die Liste aufnimmt. Den alten Leuten aber ertheilen wir den Rath, ihre Aufnahme unter allen Umständen zu beantragen, da sie, falls man ihre Unterhaltung als Armenunterstützung auffaßt, sonst auch des Reichthums wahlrecht beraubt sind!

Wie „begeistert“ der Wahlausruf für den nationalliberalen Kandidaten gewirkt hat, ersieht mandaraus, daß eine vom Reichsverein einberufene Vertrauensmänner-Versammlung vor dem Burghor von wohlgezählten zwei Personen besucht war. Man sieht, die „Begeisterung“ des Bürgerthums für die nationalliberale Kandidatur ist eine sehr große!

Die Freisinnigen wollen nunmehr auch die Frauen für ihre Sache mobil machen. Das sind dieselben Leute, welche die Auffassung vertreten, die Frau habe sich nicht um Politik zu kümmern; sie gehöre ins Haus!

Wahlurnen aus Blech, die einer großen Sparbüchse gleichen, sind in Nürnberg konstruirt worden und werden dort zur Verwendung gelangen. Die Urne kostet nur 3,50 Mk. Es ist also möglich, für wenige Groschen eine Wahlurne zu beschaffen, die allen Anforderungen entspricht und mit zu großen Kosten kann es selbst das kleinste Dorf nicht entschuldigen, Zigarrenkisten, alte Hüte oder Weibergläser als Wahlurnen zu verwenden.

Der Wahlkampf zeitigt recht sonderbare Blüthen; manchmal sind sie ernster, manchmal aber auch recht heiterer Art. Da ist es interessant, wenn man ab und zu Gelegenheit hat, die Letzteren kennen zu lernen. Zwar ist man ja schon mancherlei gewohnt geworden; die Nachmüsten sind abgestumpft. Das aber, was die Wöchentlichen Anzeigen für das Fürstenthum Rastenburg, die in Schönberg das Licht der Welt erblickten, über die Sozialdemokraten schreiben, ist wirklich geeignet, allen Lesern einen heiteren Augenblick zu verschaffen. Man höre, was das genannte Weltblatt unter dem 30. April schreibt:

Gestern wurden in Schlagsdorfer, Carlower, Meißner und anderen Gegenden unseres Fürstenthums Flugblätter von den Sozialdemokraten vertheilt. Die Vertheilung geschah von einem Lübecker und einem hiesigen Einwohner. Die meisten dieser Flugblätter werden in unserem Fürstenthum, das, was sie erreichen sollen, wohl nicht erzielen. Ein jeder einflußvoller Mann muß ja auch zu der Ueberzeugung kommen, daß die Führer der Sozialdemokraten es nur auf den Großen der Arbeiter abgesehen haben und sich von den letzteren nur ernähren lassen. Ein Säupfing dieser Klasse, der Abgeordnete Babel, besitzt zum Beispiel eine Villa, um der ihn Könige beneiden können, wo bleibt

schußes einverstanden seien, auf, mit ihm sofort die Kantine zu verlassen. Sofort erhob sich die ganze Versammlung und unter donnerndem Hurrah leisteten sämtliche Anwesende der Aufforderung Folge. Der Versuch der Firma war also kläglich gescheitert. — Zug von Werftarbeitern, Schiffszimmerern, Metallarbeitern, Malern, Schmieden, Tischlern u. s. w. nach Oestermünde-Premerhaven ist streng ferngehalten.

Letzte Nachrichten.

Sagan. Ein großer Waldbrand wüthet seit Montag Nachmittag auf dem Truppenübungsplatz Neuhammer. Bis zum Abend waren bereits 200 Morgen Waldbestand niedergebrannt. Infolge des starken Windes war die Löschhilfe nahezu wirkungslos.

Grünberg i. Schl. Eine Feuersbrunst zerstörte Montag drei Geschäftshäuser am Marktplatz. Große Waarenvorräthe sind vernichtet.

Berlin. Doppelmord und Selbstmord. In Steglitz ermordete eine Mutter zwei ihrer Kinder und sich selbst.

Köln. Bauunglück. Bei einem Einsturz der hohen Mauer an dem alten Bonner Bahnhof wurden mehrere in der Nähe beschäftigte Zimmerleute sowie die Straße passierende Kinder schwer verletzt. Die Feuerwehr nahm alsbald die Aufräumungsarbeiten auf.

Kassel. Ein schwerer Unfall hat sich im Spatbergwerk bei Rentershausen ereignet. Steinmassen verdrängten die Belegschaft. Zwei Bergarbeiter wurden getödtet, darunter ein Obersteiger. Zwei andere wurden schwer verletzt, die übrigen konnten gerettet werden.

Frankfurt a. M. Der Sohn des Stettiner

Polizeipräsidenten v. Puttkamer wurde Sonnabend Nacht im hiesigen „Hotel Bristol“ wegen Zechprellerei verhaftet. Derselbe wurde bereits von seinen Eltern, die auf seine Ermittelung eine Belohnung von 300 Mk. ausgesetzt hatten, gesucht. Bekanntlich war der junge Mann schon einmal ausgerissen, als sein Vater noch in Kiel amtierte.

London i. W. Prinzessin Luise von Toskana wurde Montag Abend 9 Uhr von einer Prinzessin entbunden. Der Streit um das Kind kann nun also beginnen.

Zürich. In einer Lawine umgekommen sind nach der „Böf. Ztg.“ auf dem Simplon zwei Kinder und die 50jährige Mutter des Wirths Magnin vom Unterkunftsbaus Nr. 6. Die drei sind samt einem Schirmdach, unter dem sie bei starkem Schneefall und Sturm Schutz gesucht, in die Tiefe gesetzt worden.

Warschau. Die katholische Kirche von Jakobsstadt ist am 20. April a. St. vollständig niedergebrannt. Das Feuer entstand während des Gottesdienstes. Die Gemeinde konnte sich retten.

New-York. Eisenbahnunglück. Der „Frankf. Ztg.“ wird gemeldet: 2000 polnische Ausflügler von Toledo im Staate Ohio drängten sich in Detroit trotz gesperrter Barriere auf die Bahngleise, während gerade der Blitzzug der Grand Trunc-Linie heranbrauste. Sieben Menschen wurden getödtet, 30 verletzt.

Aus Nah und Fern.

Potemkinsche Dörfer. König Georg von Sachsen ist Sonntag in „seiner Hauptstadt“ zurückgekehrt. Ueber den Empfang liegt folgender offiziöse Bericht vor:

Bei herrlichstem Wetter hat König Georg heute mittag seinen festlichen Einzug in die Stadt gehalten. Auf dem Bahnhof wurde er von den Spitzen der Be-

hörden und dem Festauschuss empfangen und nach dem Königspavillon geleitet, wo das Dresdener a cappella-Damenquartett den König mit einem Vortrage begrüßte. Die Ovationen dauerten von Frauen und Mädchen, die auf dem Platz vor dem Bahnhof Aufstellung genommen hatten, rührten den König sichtlich. — Unter Glockengeläut fuhr der König, von Gardereitern eskortiert, durch die Prager Straße nach dem Altmarkt, von endlosem Jubel des Publikums begrüßt. Am Altmarkt entbot der Bürgermeister Beutler den Willkommengruß, und eine nach Hunderten zählende Sängerschaft trug einen Begrüßungshymnus vor. — Für alle Huldigungen dankte der Monarch tief gerührt und gab besonders seiner großen Freude über die rege Theilnahme der Vereine, Innungen, Beamten, Korporationen und Schulen Ausdruck.

Die Mittheilungen, welche früher über die Nöthigung der Beamten zc. zur Theilnahme an dem Empfange durch die Presse gegangen sind, geben diesem Festbericht ein recht eigenartiges Relief. Die patriotische Empfangsmache ist also trotz allen Widerspruchs, der sich dagegen erhob, siegreich geblieben und hat ihr Programm mit den weißgewaschenen Frauen und Töchtern der Beamten, den mühsam zusammengetrommelten Sangesbrüdern zc. vollinhaltlich zur Ausführung gebracht. Daß man es aber auch noch wagt, nach allem, was vorgegangen, einen derartigen Bericht in die Welt zu senden, ist der Gipfel der Lächerlichkeit. Nun, mögen die sächsischen Patrioten sich ihrer „gelungenen Kundgebung“ erfreuen, die wahre Stimmung des sächsischen Volkes wird am 16. Juni, dem Tage der Abrechnung und des Gerichts, zum Durchbruch kommen.

Hierzu eine Beilage.

Waren Sie schon im

Erfrischungs-Raum??

Kaffee mit Schlagsahne
Chocolade mit Schlagsahne
Cognac, Liqueur, Weine

Einheitspreis 10 Pfg.

Warenhaus Hansa.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Bürgerchaftswahl-Komitee.
Heute Dienstag 8 1/2 Uhr.

Gesucht Bauarbeiter.
Nur solche, die schon lange bei Maurermeister gearbeitet haben, wollen sich melden.
Briehstraße 14.

Ende zu sofort
ein Kindermädchen,
welches Dienstmagd ist, bei einem Kinde.
C. Stürzel, Janberstraße.

Suche zu sofort Haus-, Küchen- und Kindermädchen, sowie Jungen von 15-17 Jahren nach dem Lande.
Friederike Hannemann Ww.,
Gefäßvermüthlerin, Johannisstraße 32.
Unsergeh. 2 f. neue Verth. in Formgeh.-M. f. a 30 Mk., 1 dopp. Kochkammer u. 12 Mk. Hübsstraße 76, 2.

Das

Handbuch

für sozialdemokratische Wähler

— herausgegeben vom sozialdemokratischen Parteivorstand —
ist erschienen

und werden die Parteigenossen, welche ein solches wünschen, ersucht, die Bestellung recht bald bei uns oder unseren Kolporteurs aufzugeben.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Kneipp-Bad

Lübeck. Hansastrasse 28a. Lübeck.

Einfache, erfolgreiche Wasserkur am Wege, ohne Berufshörung, streng nach H. Kneipp'scher Methode.

Besonders gute Erfolge bei Gelenkrheumatismus, Gicht, Podagra, Nidias, Lähmungen, Nervenleiden und Gemüthskrankheiten, Folgen der Influenza, Nühma u. Hautkrankheiten, Bleichsucht u. Strophulose, Entzündungsformen zc. zc. Abkürzung für Geinade.

Mässige Preise. Karl Walter.

Hochfeine Künf- und Sechspfeunig-Zigarren,
Zigaretten, Taback, Chagpfeifen, Spazierstöcke.

Carl Wittfoot
Lübeck
18 Hübsstraße 18.

Rolltaback. Nordhänier. 322 Grimm & Triegel. Kopenhagener.

Rolltaback. Gbr Ungewitter. Lübeck. r. Rose & Schweighoffer nach dänischer Art.

Achtung Metallarbeiter!

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch den 6. Mai 1903.

Tages-Ordnung:

Die Aussperrung in Iserlohn.

Bilg zu verkaufen 2 neue Betten, 2 gebrachte und 1 Kinderbett, eines Leinwand, 1 Regulator, 1 fast neue Garnitur. Welche Brantiane bei aufschreiben.
Briehstraße 29.

Alle Dachpannen, Feuer, Zehren und Dahn sind sehr billig abzugeben.
Abbruch Engelsgrube 70.

Vorzügliche

Gh- u. Bilanzkartoffeln

(hal- und jahweise)

empfehl

A. Vietig, Züchergrube 45.

Impte den ganzen Mai hindurch.
Dr. Reifenstuhl, Bekkergr. 18, 1.
Achtung Werstarbeiter!

Verbands-
Versammlung
am Mittwoch den 6. Mai.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Generalversammlung.
2. Regelung der Matkeier.
NB. Die Versammlung gilt als Kontrolle. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Falls Unzufriedenheit beschlossen wird, sind nur die Anwesenden zur Empfangnahme berechtigt.
Der Vorstand.

Achtung Maurer!

Mitglieder- **Versammlung** am Mittwoch den 6. Mai Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52 Tages-Ordnung: 1. Vereinsangelegenheiten 2. Sommervergügen. Zahlreichen Besuch der Versammlung erwartet Der Vorstand.

Quartettverein Amicitia.

Außerordentliche

Versammlung

am Sonnabend den 9. Mai
Abends 9 Uhr
in Saales Gesellschaftshaus, Johannisstr. 25.
Tages-Ordnung:
Ausflug Vogelgießen. Verschickenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht.
Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülf-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Etzdorf.)

Einladung zum BALL
verbunden mit Theateraufführung
am Sonntag den 10. Mai
im Lokale des Herrn F. L. Paetau
in Fackenburg.
Anfang 7 Uhr. Ende Morgens.
Preis der Karte 60 Pfg.
Hierzu ladet freundlich ein Das Komitee.
NB. Die umliegenden Zahlstellen sind freundlich einladen

Wohnstätten u. Inhaberscheitel.

Stammend billige Preise.

Künshausen

Kaufen Sie nur

im

Zettwaaren-Geschäft

von

Joh. Möller

Fab. : Heinar. Möller.

Künshausen

Liebknecht's

Fremdwörterbuch

in 13 Lieferungen à 20 Pfg.
Geb. 3.20 Mk.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Visit-Karten

auf H. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.

Die Druckerei des Lab. Volksboten.
Johannisstraße 50.

Besondere Beachtung für den gezeichneten Inhalt der Zeitung mit Anzeigen der Kabot- und Kaufmannschaft, sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich, Besondere Beachtung für die Kabot- und Kaufmannschaft, sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellung — Verleger: Theodor Schwarz, Druck von Friedr. Meyer & Co. — Gesamtheit in Lübeck.

